

**Zeitschrift:** Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 67 (1988)  
**Heft:** 3

**Artikel:** Zum Jubiläumsjahr der SPS : Zukunft aus der Vergangenheit  
**Autor:** Hubacher, Helmut  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-340592>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 15.03.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Zukunft aus der Vergangenheit

Von Nationalrat Helmut Hubacher, Präsident der SPS

Die politische Grosswetterlage wird im Westen weiterhin von einem scharfen Rechtswind beeinflusst, der sich besonders im linken Bereich als Störfaktor ausweist. Polare Kaltluft drückt als Folge des Dollarkrashes und des Börsenkraches auf das wirtschaftliche Hoch, wodurch sich das linke Politief langsam aufhellen dürfte.

Ungefähr so könnte die «Wetterlage» für die SP dargestellt werden. War die Wahlniederlage in der Deutschschweiz demnach «wetterbedingt»? Das wäre eine zu vereinfachende Sicht. Richtig ist, dass die politischen Rahmenbedingungen für die Sozialdemokratie in ganz Europa im allgemeinen ungünstig sind. Die Ausnahme bilden Spanien und Griechenland im Süden, Schweden und Norwegen im Norden. Ich beschränke mich nachstehend aber auf den Versuch, in groben Strichen eine Diagnose der und eine Prognose für die SP zu skizzieren.

Der rechtlose Proletarier im letzten Jahrhundert ist zum modernen Arbeitnehmer aufgestiegen. Das Hauptverdienst dafür ist dem Konto der SP und der Gewerkschaften gutzuschreiben. Die Proletarier wurden samt ihren Frauen und Kindern bis zur körperlichen Erschöpfung ausgebeutet und erkannten, dass sie sich selber helfen mussten. Sie bildeten zuerst Arbeitervereine, dann Gewerkschaften und schliesslich die SP. Karl Marx vor allem kommt das historische Verdienst zu, das Fanal zum gewerkschaftspolitischen Aufbruch gegeben zu haben. Seine Theorie war eine Emanzipa-

tions- und Freiheitstheorie. Sein wissenschaftlicher Sozialismus, mit dem der Kapitalismus überwunden werden soll, ist von falschen Interpretationen zu einem staatlichen Dogma verfälscht statt als Denkmethode angewandt worden.

Die demokratische Arbeiterbewegung der Schweiz hat ihre eigenen Theoretiker hervorgebracht, hat eigene Irrtümer und Leistungen produziert. Das strategische Ziel der SP wurde bereits im ersten Parteiprogramm von Albert Steck festgelegt. Der Freisinn habe, so Steck, mit dem heutigen Bundesstaat von 1848 die Grundlagen der politischen Demokratie geschaffen, die geschichtliche Aufgabe der SP sei es, zusammen mit den Gewerkschaften die wirtschaftliche Demokratie und so erst die wahre Demokratie zu verwirklichen. Die demokratische Arbeiterbewegung hat ihren politischen Kampf durch all die Jahrzehnte auf dieses Ziel ausgerichtet, das im neuen Parteiprogramm der SP Schweiz von 1982 bestätigt wird: «Durch die Überwindung des Kapitalismus wollen wir die Vorherrschaft der Ökonomie über den Menschen aufbrechen... wollen wir eine ökologische Ökonomie.»

Darüber, wie das gesteckte Ziel erreicht wird, hat es heftige Auseinandersetzungen gegeben. Sehr vereinfacht dargestellt verlief die Trennlinie zwischen dem revolutionären und dem evolutionären Weg. SP und Gewerkschaften entschieden sich für die Reformpolitik, d.h. für die Taktik, Schritt für Schritt vorzugehen. Die Gewerkschaften sind von ihrer In-

teressenlage her gesehen pragmatischer ausgerichtet, während die Partei darüber hinaus auch die reale Utopie mit ihren weitgreifenden Perspektiven zu verfolgen hat.

Aber zuerst mussten die elementaren Bedürfnisse befriedigt werden. Was im Generalstreik von 1918 vom Bürgertum noch als Umsturz bezeichnet und mit der Armee niedergehalten wurde, hat sich durchgesetzt: Achtstundentag, Frauenstimmrecht, Altersvorsorge u.a.m. Auf dem «langen Marsch» der demokratischen Arbeiterbewegung ist vieles erreicht worden. Die SP hat von allen Parteien die beste Sozialbilanz. Die viel gerühmte politische Stabilität, die soziale Solidarität und die staatspolitische Kontinuität der Schweiz sind ohne SP und Gewerkschaften – dafür gibt es ausländische Beispiele genug – nicht zu haben. Politische Stabilität setzt ein bestimmtes Mass an sozialer Sicherheit voraus, eine konkurrenzfähige Wirtschaft ist auf eine qualifizierte Arbeitnehmerschaft angewiesen, und eine Volkswirtschaft wäre ohne Massenkauflust blutleer. Dafür, dass die SP diese elementaren Verhaltensregeln zur politischen Allgemeinerkenntnis brachte, hat sie jahrzehntelang unbeirrt politisch gearbeitet. Für die einen war das linker Klassenkampf, für die anderen Burgfriedenspolitik mit der Bourgeoisie. Effektiv setzte die SP ihr Prinzip erfolgreich durch: «Jeder Schritt ist von Bedeutung, wenn die Richtung stimmt.»

Der Versuch, das einmal gesteckte Ziel zu erreichen, dau-

ert an. Sozialpolitik ist mehr als Frostschutz für Humanität, Mitbestimmung ist mehr als Sozialpartnerschaft, und sozialistische Emanzipation ist mehr als politische Gleichstellung von Frau und Mann. Seit einiger Zeit ist die eidgenössische Rechte vom eidgenössischen Kompromiss abgerückt und schwingt die Macht der Arroganz obenauf. Der Rückschlag der SP bei den letzten Wahlen ist bei dieser Lage doppelt ärgerlich.

Die politischen Rahmenbedingungen sind für die SP objektiv ungünstig. Ein paar Stichworte müssen als Beweisführung genügen: Das geistige Klima wird intoleranter. Oskar Reck, der alte liberale Journalist, hat kürzlich erklärt, dass es in der Schweiz allgemeine Meinungsäusserungsfreiheit «gar nicht gibt». Die Presse wird ständig uniformer, Radio und Fernsehen sind unter rechtem Dauerbeschuss, Abstimmungen können, wie eine neue Nationalfondsstudie ergab, mit viel Geld «gekauft» werden, unsere Gesellschaft destabilisiert sich rapid, fast eine Million Ausländer sind ohne politische Stimme und schwächen damit Gewerkschaften und SP. Die Wirtschaftsfassade glänzt zwar, aber technologische Revolution, ökonomische Konzentration sowie der zunehmende Druck auf wohlverworbene Rechte der Arbeitnehmer plus die Angst vor der Drohung, Betriebe könnten wie im Uhrengürtel geschlossen und Konzerne wie die BBC krisenanfällig werden, schaffen zusammen mit den offengelegten Katastrophenrisiken eine Art Titanic-Stimmung: Hurra, wir leben, was kümmert uns die SP mit ihren ständigen Negativbildern!

Die SP hat ihr Überkleid abgestreift. Sie hat in den letzten Jahren eine veränderte Wähler- und Mitgliedschaft aufbauen

müssen. Dazu kam die rasante Veränderung der politischen Thematik. Die SP hat als erste historische Partei erkannt, dass Umweltzerstörung weder persönliches Wohlergehen noch sozialen Fortschritt noch eine intakte Wirtschaft zulässt. SP und Fraktion haben in der Energie-, Umwelt-, Sozial- und Wirtschaftspolitik die sozialgrüne Linie eingeschlagen. Der demographische und thematische Umbau der Partei hat zwar – hoffentlich vorübergehende – Einbussen gebracht, war aber ihre Rettung. Wer behauptet, die SP hätte mit dem politischen Modell der fünfziger und sechziger Jahre überlebt, bejaht den Durchbruch in die Sackgasse.

Die Umbruchphase ist nicht abgeschlossen. Die Partei muss schlagkräftiger werden. Der teilweise fatale Hang, Randprobleme als Zentralfragen zu behandeln, erinnert daran, dass manche gern in der Minderheit sind, weil sie dort die Mehrheit darstellen können.

Die politischen Schwerpunkte der SP sind identisch mit den Interessen der Arbeitnehmer, Mieter und Konsumenten. Und Umwelt- oder Energiepolitik müssen keineswegs zum martialischen Opfergang für Arbeitnehmer werden, der möglichst viele feindselige Ängste gegen die SP schürt. Das Prognos-Institut des Schweizerischen Bankvereins hat für die BRD ein Gutachten zum Ausstieg aus der Atomenergie vorgelegt. Der Ausstieg ist machbar, mehr noch, der Ausstieg schafft neue Arbeitsplätze, löst einen unglaublichen technologischen Innovationsschub aus, belebt Wirtschaft und Arbeitsmarkt, baut Risiken ab, ist ein Hit auf der ganzen Linie. Wir müssen uns für die Ausstiegspolitik nicht entschuldigen. Die SP beweist damit ihre Modernität und ihre wirtschaftliche Kompetenz. Die SP war

immer Vordenker, war immer Schrittmacher für Reformen, ob Frauenstimmrecht oder AHV, ob Achtstundentag oder Halbtax-Abo, um an den jüngsten SBB-Schlager zu erinnern. Die SP hat diese Vordenkerrolle erneut übernommen. So wie die Bürgerlichen vor Jahrzehnten die AHV wütend ablehnten, so verteufeln sie heute den Ausstieg aus der Atomenergie. Stichworte wie Harrisburg, Tschernobyl, Atom- und Plutoniumfässer zwischen BRD und Belgien sowie Nagra beweisen aber, wie recht die SP mit der Ausstiegsforderung hat. Während bei uns die Atomlobby mit dem Rücken zur Wand kämpft, beherrscht in Deutschland die Atom-Mafia z.T. bereits die Szene. Der von Robert Jungk vorausgesagte Atompolizestaat lässt zusammen mit Orwells «1984» grüssen. Nein, die sozialgrüne Linie ist richtig, eine Alternative ist weit und breit nicht erkennbar.

Die SP muss allerdings ihre Kräfte richtig einschätzen lernen. Die politische Arbeit der nächsten Jahre ist zu straffen. Wenige Schwerpunkte sind zu einem Ganzen zu vernetzen, nur so können wir das politische Kennwort medienwirksam und für die Menschen verständlich propagieren. Ein Wort zur Taktik: Auch weiterhin beginnt der längste Weg mit dem ersten Schritt.

Das historische Bündnis mit den Gewerkschaften ist zu verstärken und mit neuen gesellschaftspolitischen Kräften zu ergänzen. Es gilt, AHV, Krankenversicherung, BVG (2. Säule) und andere sozialpolitische Fragen zeitgemässen Gegebenheiten anzupassen, d.h., es gilt aus der Phase der sozialpolitischen Nulllösungen wegzukommen.

Zum Schluss: Der Rückschlag im Herbst 1987 war schmerzlich. Die Sozialdemokratie hat gesamteuropäisch Mühe. Die

SP Schweiz hat am rechten Rand wegen der Ausländerpolitik Bestandesprobleme, wird am linken Rand von Öko-Fundamentalisten bedrängt und

muss im traditionellen Bereich gewerkschaftliche Schwächeanzeichen überwinden helfen. Unter diesen Gegebenheiten ist die sozial-grüne Linie konse-

quent und effizient, aber klug und dosiert zu vertreten. Erfolg ist machbar. Verlorenes kann zurückgeholt werden.

*Anmerkungen zu 100 Jahren Parteigeschichte*

# Wissen, wozu die Macht dient

*Von Paul Huber, Regierungsrat, Luzern*

Wenn unser Parteipräsident Helmut Hubacher festhält, die politischen Rahmenbedingungen für die Sozialdemokratische Partei der Schweiz seien objektiv ungünstig, so ist dies nicht gerade eine Aussage, die geeignet ist, uns von den Sitzen zu reissen. Man könnte sich denn auch durchaus vorstellen, dass wir unseren Geburtstag in einem etwas fiteren Zustand begehen könnten, in einer Phase grösseren Optimismus! Als Referent zur Geschichte der Arbeiterbewegung und der Geschichte einer 100 Jahre alt werdenden Partei kommt man leicht in den Verdacht, zu jenen zu gehören, welche die Erfolge vergangener Jahrzehnte feiern möchten, um ja nicht an die weniger erfreuliche Gegenwart erinnert zu werden. Das ist nicht meine Absicht.

Als Historiker bin ich der Überzeugung, dass es immer ein lohnendes Unterfangen ist, gerade in kritischen Zeiten die eigene Geschichte zu studieren, zurückliegende Erfolge und Misserfolge in einem grösseren Zusammenhang zu sehen, Parallelen zu ziehen und individuell und kollektiv daraus zu lernen und Hoffnung zu schöpfen. Ich könnte mir beispielsweise vorstellen, dass unsere Vorfahren im Jahre 1938 auch nicht gerade in jener Stimmung waren, mit der man gerne einen Geburtstag feiern möchte. Ein Jahr nach der 50-Jahr-Feier un-

serer Partei beispielsweise erlitt die Sozialdemokratische Partei ebenfalls eine ihrer empfindlichsten Niederlagen. Hatte die Zahl der Nationalräte im Jahre 1935 noch 50 betragen, verringerte sich die Vertretung der SP-Delegation im Parlament bei den eidgenössischen Wahlen von 1939 auf 45 Sitze, um im Kriegsjahr 1943 auf die Rekordzahl von 56 anzusteigen. Ähnlich markante Verluste waren in der 60er Jahren zu verzeichnen. In jenen Jahren sank die Vertretung der SP im Nationalrat von 53 im Jahre 1963 auf 50, vier Jahre später und gar auf 46 im Jahre 1971, um wieder Jahre später, im Jahre 1975, auf 55 emporzuschnellen. Solche Zahlenspielerien sind gewiss ein billiger Trost, aber auch ein Hinweis, dass ein Rückblick in die Geschichte uns vor allzu grossem Katzenjammer bewahren könnte. Wer nichts mehr zu verlieren hat, feiert meist die unbeschwertesten, schönsten und solidarischsten Feste. Ich möchte Euch schon zu Beginn meiner Ausführungen sagen: Lassen wir uns an unserem hundertsten Geburtstag nicht davon abhalten, auch zu feiern.

Gefeiert wurde auch, als im Jahre 1888 die Sozialdemokratische Partei der Schweiz gegründet wurde. Nicht aus Anlass der Gründung zwar; von feiernden Arbeitern sprach man nämlich zu der Zeit, wenn

einer der zahlreichen Streiks stattfand, von Feiern sprach man auch, wenn die organisierten Arbeiter trotz Verbots der Arbeitgeber am 1. Mai nicht zu Hause blieben und an dem von den Gewerkschaften ausgerufenen Arbeiterfeiertag teilnahmen.

## *Kein revolutionäres Programm*

Im Jahre 1888, im Gründungsjahr der SPS also, vereinigte der Schweizerische Gewerkschaftsbund 3350 organisierte Arbeiter. Dieser Dachverband von meist sehr kleinen und nur lokal organisierten Gewerkschaften hatte in seinem Organ, der «Arbeiterstimme», im Jahre 1881 die folgenden Forderungen aufgelistet: Verminderung der Arbeitsstunden, höhere Löhne, Durchführung von Fabrik- und Werkstätteninspektionen, Verbot der Kinderarbeit, Errichtung von statistischen Arbeiterbüros, Selbstverwaltung für alle Arbeiterhilfs- und Unterstützungskassen, gleiche Bezahlung eines Quantums Arbeit, ob von Männern oder Frauen geliefert, die endliche Abschaffung des Lohnsystems. Parallel zu den nationalen Zusammenschlüssen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung war auch die Gründung einer politischen Arbeiterpartei immer aktueller geworden. Bisher waren die Arbeitnehmer politisch in erster Linie der de-